

ja oui



Referendum gegen den Abbau der  
Prämienverbilligungen

Andrea Lüthi, Grossrätin, Burgdorf, [aluethi.wyn@bluewin.ch](mailto:aluethi.wyn@bluewin.ch), 079 535 27 15



# Ausgangslage (1)

- Seit 2012 hat der Kanton Bern im Rahmen von Spar- und Abbaupaketen die Prämienverbilligungen um insgesamt 72 Mio. Franken reduziert.
- Mit dem Sparprogramm ASP 2014 verloren wieder mehr als 40'000 Personen ihren Anspruch auf Prämienverbilligungen ganz oder teilweise.
- Es trifft v.a. Mittelstand und Familien, aber auch Seniorinnen und Senioren und Bauernfamilien.
- Gefahr der Armut und Verschiebung zur Sozialhilfe



## Ausgangslage (2)

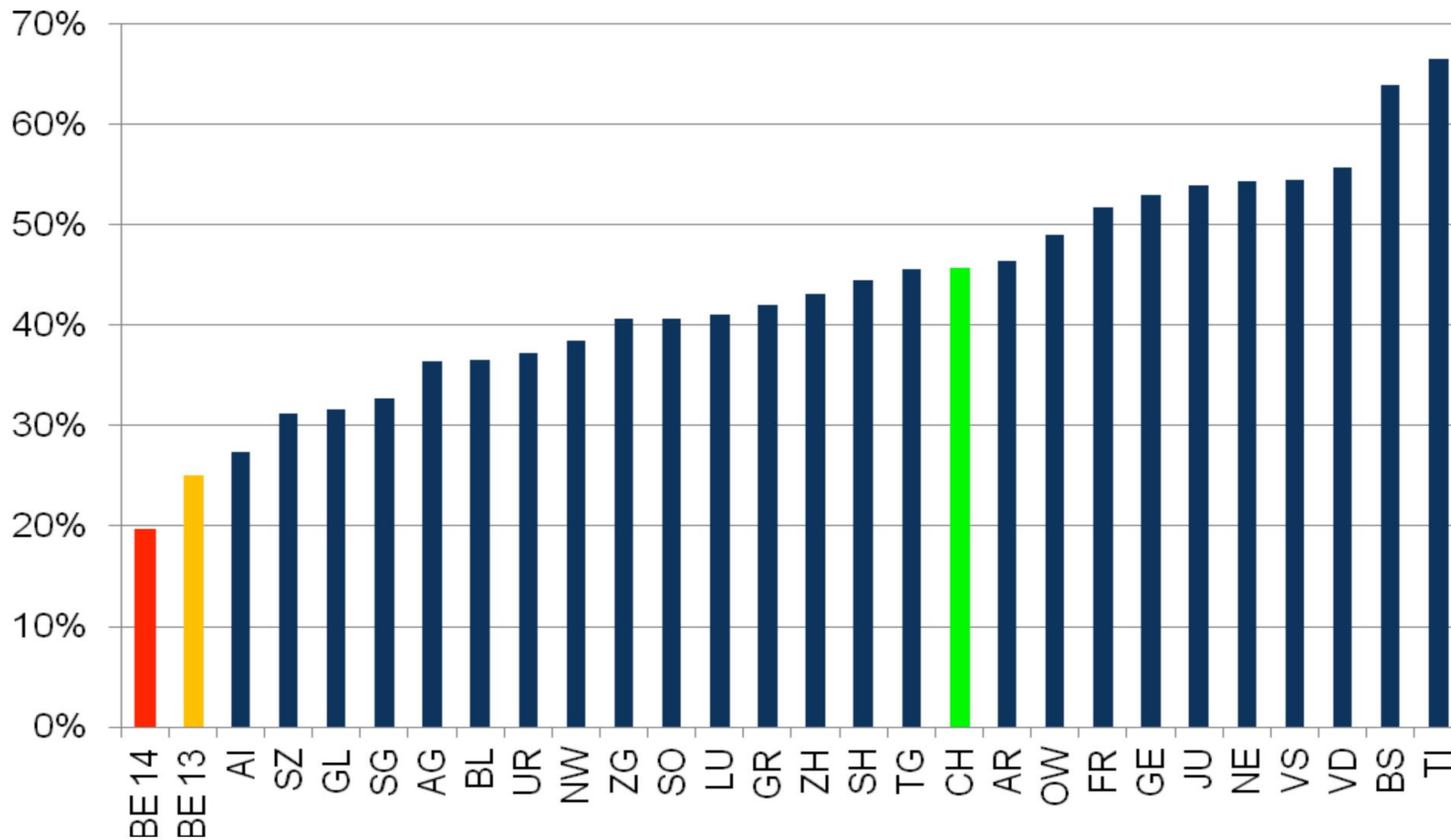
### Der Kanton Bern

- hat eine der höchsten Prämienbelastungen schweizweit und
- den kleinsten Kantonsanteil an den Prämienverbilligungen.

Während der Bund seinen Anteil an den Prämienverbilligungen laufend erhöht hat, wird im Kanton Bern gekürzt.



# Kantonsanteile am Totalbeitrag für die Prämienverbilligung 2013





# **Hauptvorlage: Änderung des Gesetzes betr. die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung**

Streichung des Leistungs- bzw. Sozialziels in Artikel 14 Abs. 2: «Der Regierungsrat hat die Anspruchsberechtigung so festzulegen, dass 25 bis 45 Prozent der Kantonsbevölkerung in den Genuss einer Verbilligung gelangen. Er hat dabei insbesondere auf die finanzielle Belastung von Familien zu achten.»



# Eventualantrag der Bürgerlichen

- Verhindert einen Volksvorschlag (konstruktives Referendum)
- Lässt zwar das «Sozialziel» im Gesetz, aber macht die Sparbeschlüsse nicht rückgängig.
- Gleich viele Personen erhalten weniger Geld = wirkungsloses Giesskannenprinzip.

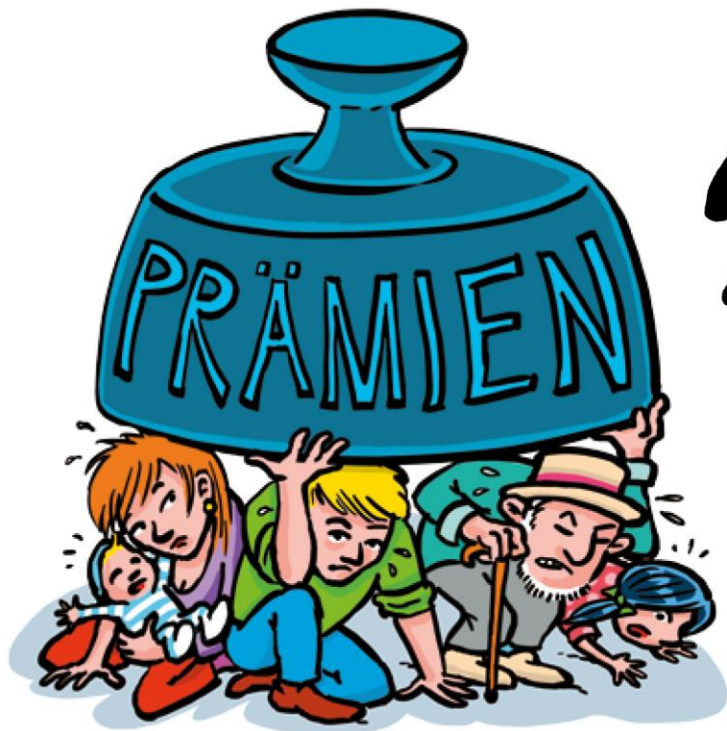
Deshalb: 2x Nein zum Gesetz und zum Eventualantrag

Stichfrage: Eventualantrag

Abstimmung vom 28. Februar 2016



# Noch schwerere Prämienlast?



2x

**Nein**  
zum Abbau der  
Prämienverbilligungen!

[www.praemienverbilligungen.be](http://www.praemienverbilligungen.be)



# Eingereichte Initiative «Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen»

- Regelt Anspruchsberechtigung und Höhe der Prämienverbilligung auf Gesetzesstufe
- Ermöglicht einen Gegenvorschlag mit einer massgeschneiderten Berner-Lösung
- Kommt voraussichtlich 2017 zur Abstimmung